



Altdorf, im Dezember 2025

Interpellation zu elektronischem Monitoring zur Verhinderung von häuslicher Gewalt / Femizid

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Femizid wird eine Tötung an einer Frau oder Mädchen bezeichnet, weil sie weiblich ist. Das Profil der Täter unterscheidet sich zwar, was sie aber eint ist ihr Geschlecht: 89.9% der Tötungsdelikte innerhalb einer Partnerschaft verübt ein Mann. Ein Drittel aller Partnertötung wird während der Trennung verübt, von daher ist die Trennungsphase ein sehr heikler Zeitpunkt für die Frauen.

In der Schweiz gibt es keine offizielle nationale Statistik, da Femizide als Totschlag oder Mord gelten. Verfügbaren Daten stammen hauptsächlich aus Medienberichten, Analysen zivilgesellschaftlicher Organisationen und allgemeinen polizeilichen Kriminalstatistiken zur häuslichen Gewalt. Diese Zahlen zeigen klar einen Trend nach oben.

Es reicht der Blick nach Spanien, um zu belegen, dass ein umfassendes Programm zum Schutz vor häuslicher Gewalt wirkt. Zwar verzeichnet das Land ähnlich viele Femizide wie die Schweiz, es hat aber fünf Mal mehr Einwohner.

Spanien hat das Programm «Cometa» etabliert, welches Gewalttäter sehr engmaschig elektronisch überwacht. Das System schlägt Alarm, sobald der Gefährder die gerichtlich verfügte Distanz zur bedrohten Frau unterschreitet. Nebst den involvierten Personen wird auch die Polizei sofort informiert – und notfalls aufgeboten. Auch Zürich testet das elektronische Monitoring. Inwiefern solche Massnahmen schweizweit ausgerollt werden, liegt in der Hand der Kantone.

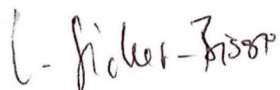
Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt der Kanton Uri aktuell, um Femizide und häusliche Gewalt zu verhindern?
2. Wie steht der Regierungsrat zur Etablierung eines analogen Programmes «Cometa»?
3. Kann er sich die Etablierung eines eigenen Programmes vorstellen?
4. Wie schätzt er die Kosten und personellen Ressourcen für den Aufbau eines solchen Programmes ein?
5. Kann er sich eine Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Kanton, z.B. Zentralschweizer Kantone vorstellen?
6. Sieht der Regierungsrat die bestehenden rechtlichen Grundlagen für eine überkantonale Zusammenarbeit als genügend? (Stichwort «Datenschutz»)
7. Auf welchem politischen Weg könnte eine solchen Zusammenarbeit initiiert und umgesetzt werden?

Im Kanton Uri sind wir manchmal etwas langsamer, bis ein schweizweiter Trend uns erreicht, dies kann ein Nachteil oder auch Vorteil sein. Bei diesem Thema besteht die Möglichkeit, dies als Chance zu nutzen und bereits jetzt schon in die Prävention und Vorsorge zu investieren.

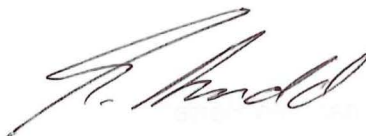
Ich bedanke mich bereits jetzt schon für die Beantwortung meiner Interpellation.

Erstunterzeichnerin



Lea Gisler-Bissig
Mitte Altdorf

Zweitunterzeichner



Michael Arnold Barengo
Mitte Altdorf

Zweitunterzeichnerin



Carmen Epp-Gehrig
Mitte Erstfeld

Zweitunterzeichner



Marcel Jauch
Mitte Silenen